Etwa hier und damit deutlich weiter westlich des in der Senke im Hintergrund gelegenen Soldatenweihers als bisher geplant könnte der Anschluss der im Bau befindlichen US-Wohnsiedlung an die B 14 erfolgen. Ein Bau dort würde gegenüber der bisherigen Planung eine runde Million Euro weniger kosten und deutlich weniger Fläche verbrauchen, sagt das Staatliche Bauamt. Foto: Albright

Für den Bau des Anschlusses der US-Siedlung am Urlas an die B 14

Stadt will keine Kosten tragen

Oberbürgermeisterin: Eindeutige Erklärung in nichtöffentlicher Sitzung

ANSBACH (fri) – Weitergehende Beschlüsse zum Anschluss der US-Wohnsiedlung am Urlas an die B 14 sind im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung nicht mehr gefallen. Das erklärte gestern Oberbürgermeisterin Carda Seidel der FLZ auf Anfrage.

Wie berichtet, hatte der Stadtrat in seiner Sitzung am Dienstagabend die öffentliche Debatte über die neuen Vorschläge des Staatlichen Bauamts zum Anschluss der US-Siedlung an die B 14 ohne Beschluss beendet und zunächst hinter verschlossenen Türen weitergeführt. Worum es dabei gehen konnte, hatte der Leiter des Staatlichen Bauamts, Helmut Arndt, zuvor angedeutet. In öffentlicher Sitzung nach den Kosten und danach gefragt, ob sein Amt die ursprünglich vorgeschlagene weiter östlich gelegene Anbindung wie geplant gebaut hätte, wenn die Stadt nicht interveniert hätte, sagte Arndt: „Sie wissen noch nicht, was ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung noch sagen werde."

Dort ging es offenbar um für den Bau benötigte Grundstücke und um die Kosten. Wie Arndt früher erklärt hatte, sei für den ursprünglich geplanten, dann aber von der Stadt abgelehnten Anschlussknoten am Soldatenweiher der Grunderwerb schon weitgehend getätigt gewesen. Wie es für die nun vom Staatlichen Bauamt besonders empfohlene Alternativlösung rund 400 Meter weiter westlich aussieht, dazu wollte die Oberbürgermeisterin nur indirekt Stellung nehmen. Auf die Frage der FLZ, ob dort Grundstücke zur Verfügung stehen würden, antwortet Carda Seidel, für dieses Problem gebe es zwei Lösungsmöglichkeiten, nämlich zum einen ein Planfeststellungs-, zum anderen ein Landbeschaffungsverfahren.

Zum Thema Baukosten sagte die Oberbürgermeisterin, der Stadtrat habe geschlossen dem Chef des Staatlichen Bauamts gezeigt, dass die Stadt keine Kosten für den Bau gleich welcher Lösung zu übernehmen gedenke. Weitergehende Beschlüsse sind laut Carda Seidel in nichtöffentlicher Sitzung nicht gefallen.

Carda Seidel zufrieden: „Ein großer Erfolg"

Die Oberbürgermeisterin zeigte sich recht zufrieden mit der nun vorgelegten Empfehlung, die die von der Stadt erhobenen Forderungen weitgehend berücksichtige. „Das ist ein großer Erfolg angesichts der anfänglich geringen Bereitschaft des Staatlichen Bauamts, etwas an den Planungen zu ändern", sagte Carda Seidel.

Auch bei der nun empfohlenen Lösung seien sicher noch Optimierungen möglich. Aber: „Wir befinden uns ja noch im Stadium der Entwurfsplanung." Auch deshalb habe es jetzt keinen Beschluss zu den Empfehlungen des Staatlichen Bauamts gegeben.

Fränkische Landeszeitung, 2. Juli 2009